

Der Reichskanzler zur inneren und äußeren Lage.

Keine Rettung unseres Währungsverfalls ohne Opfer der Wirtschaft und der Arbeit! — Regelung der Reparationsfrage nur unter Aufrechterhaltung der Freiheit von Ruhr und Rhein.

Der Inhalt der Reichskanzlerrede.

Berlin, 13. Sept. Bei dem gestrigen Empfang der Presse in der Presseabteilung der Reichsregierung behandelte Reichskanzler Dr. Stresemann, bevor er seine außenpolitischen Ausführungen machte, einige innerpolitische Fragen. Er betonte dabei, daß er nicht die Absicht habe, eine Programmrede zu halten. Was er über den allgemeinen Stand der Dinge zu sagen habe, das habe er kurz anläßlich seines Besuchs in Stuttgart zum Ausdruck gebracht und er wolle bezüglich der allgemeinen Richtlinien nur auf das damals Gesagte hinweisen. Er fuhr fort: Wenn wir die gegenwärtige Lage betrachten, so bietet sie ein Bild äußerster Spannung auch im Innern. Unsere Finanzen sind in einer schlimmen Verfassung. Die Wirtschaft spürt die Folgen der Abschneidung von der Ruhr und sie spürt die Folgen einer überstürzten Preis- und Lohnpolitik. Die Preise liegen teilweise schon über den Weltmarktpreisen. Ohne Opfer sind diese Fragen nicht zu lösen. Ein Opfer für das Reich waren die Steuern, die unter der Regierung meines Amtsvorgängers vom Reichstag einmütig bewilligt worden sind. Die Erhebung dieser Steuern fällt in schwierige Zeiten und bringt gewiß manche Unzuträglichkeit mit sich. Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung den Wunsch gerichtet, daß in eine Prüfung über Erleichterungen, die auf diesem Gebiet zu gewähren seien, eingetreten wird. Diesem Wunsch werden wir willfahren. Ich darf aber darauf hinweisen, daß bereits, bevor dieser Wunsch an uns herantrat, seitens des Reichsfinanzministeriums manches nach dieser Richtung hin geschehen ist. An die Finanzämter sind bereits Anweisungen ergangen, nicht erträgliche Härten zu begehen, Stundung und evtl. Erlaß namentlich für Leute in kleineren Vermögens- und Einkommensverhältnissen zu gewähren. Die Wirkung der Steuern wird dauernd überwacht. Wo Abhilfe unabsehbar ist, wird eingegriffen werden. Aber wenn das auch geschehen kann, so muß man sich doch darüber klar sein: Wir müssen dem Staat geben, was des Staates ist. Gewiß, wenn auf diesem Gebiet stark eingegriffen werden muß — und bei der Regelung der außenpolitischen Fragen wird noch weit stärker in Besitz und Wirtschaft eingegriffen werden müssen — dann muß auch gefordert werden, daß die Arbeitsleistung gesteigert wird. Das betrifft sowohl die Frage der Arbeitsintensivität wie auch die Frage der Arbeitszeit. Das Kabinett wird sich in den ersten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der bergbaulichen Produktion im nicht besetzten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu ertragen, wenn in 17 Schächten des Steinkohlenbergbaus im unbesetzten Gebiet die Förderung eminent zurückgeht, anstatt mehr zu fördern, was für uns notwendig ist, und wenn wir durch dieses Zurückgehen der Arbeitsintensivität gezwungen sind, unser deutsches Geld herzugeben, um mit fremdem Geld englische Kohlen zu kaufen. Es ist niemand berechtigt, den Staat durch Minderleistung in dieser Weise zu schädigen. Die Opfer, die das Reich vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus von der Wirtschaft in Zukunft verlangen muß, können erst recht nicht ohne wesentliche Produktionserhöhung geleistet werden. Dazu gehört aber auch, wenn die Wirtschaft in Ordnung kommen soll, eine vernünftige Preispolitik. Heute steht alles unter dem Druck einer einseitigen Preisfestsetzung. Die Aufrechterhaltung der Verbindlichkeit solcher Preisfestsetzungen ist schließlich davon abhängig, daß eine normale Preisbemessung erfolgt. Die Regierung wird den Wünschen der exportierenden Kreise auf Erleichterung der Ausfuhrkontrolle und der Ausfuhrabgabe weit entgegenkommen. Aber entscheidend ist und bleibt für unsere Zukunft die Aufrechterhaltung der Konsumkraft im Innern. Und nach dieser Richtung kann die Lohnpolitik, kann die Frage der Arbeitsintensivität auch nicht unabhängig von der Preispolitik betrachtet werden.

Nachdem der Kanzler insbesondere auf Maßnahmen zu sprechen gekommen war, die getroffen worden sind, um dem Währungsverfall entgegenzutreten, fuhr er fort: Aber auch positive Mittel zur Hemmung des Verfalls der Währung wie die Errichtung einer Goldnotenbank bringen diese Frage nicht zur Heilung. Offenheit ist besser als Illusion und deshalb wollen wir es offen aussprechen. Ohne Lösung des außenpolitischen Konfliktes ist die Währung nicht in Ordnung zu bringen. Der Verfall der Markt ist nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht

herbeizuführen. Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantrittes an die Lösung des Ruhrkonfliktes zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgen konnte. Machtpolitisch, wie ein führendes reichshauptstädtisches Blatt es darstellte, war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hatte, wie er wiederholt versichert hat, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Das Ziel des passiven Widerstandes kann nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien. Eine interessante historische Parallele hat Kronprinz Rupprecht in München anläßlich einer Zusammenkunft eines dortigen Offiziersverbandes gezogen. Mit vollem Recht betonte er, daß Selbstvertrauen nicht Selbstüberhebung sein dürfe. Er erinnerte daran, daß Friedrich der Große sich die Maxime Richelieus zur Richtschnur gemacht habe, daß dem Krieg zur Seite stets Verhandlungen mit dem Feinde laufen müßten, ebenso wie er den Ausspruch des großen Preußenkönigs zitierte: „Bei widrigem Wind die Segel reffen.“ Von demselben Gesichtspunkt ausgehend hat die Regierung gehandelt. Sie würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie den Ruhrkonflikt soweit wie möglich abkürzen könnte. Aber die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten. Für uns ist entscheidend die Frage der Souveränität über die Rheinlande und der Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes.

Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgeführt, er ziehe die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den schärfsten theoretischen Rechten vor. Er beabsichtige nicht, die Pfänder gegen ganz allgemeine Garantien auszutauschen. Er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, welche der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gebe. Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haftet für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betrifft die unmittelbare Heranziehung des Privatbesitzes und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso gibt aber diese Heranziehung des privaten Besitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages derzeit nichts sind. Wenn auf den Reichsbesitz und auf den Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingetragen werden und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als ein reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhandgesellschaft umgewandelt werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Treuhandgesellschaft zufließen. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und Erträge durch Ausgabe von Obligationen Anleihen aufzunehmen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären. Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Tatsache. Sie ist frei von jeder Zweideutigkeit. Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, durch die die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt werden. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die Wiederverfügung Deutschlands über das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinland die alten Rechte wiederhergestellt werden. Gibt man uns die Sicherheit, daß jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wiedergegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit wiederzugeben. Ich hoffe auf die Möglichkeit einer sol-

Neueste Nachrichten.

Aus Anlaß des Empfangs der Presse in der Presseabteilung der Reichsregierung hat der Reichskanzler seine angekündigten Ausführungen zur inneren und äußeren Lage gehalten. Er verwies auf die Notwendigkeit großer Opfer von Wirtschaft und Arbeit, um unsere Finanz- und Volkswirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß unser Währungsverfall erst durch eine Regelung der Ruhr- und Reparationsfrage aufgehoben werden könne. Gegenüber der Auffassung Poincarés, daß er die Rhein- und Ruhrpfänder lieber habe als allgemeine Pfänder des Reichs und der Wirtschaft, erklärte der Reichskanzler, daß 1. Hypotheken auf Reichs- und Privateigentum vorgeschlagen würden, die durch eine internationale Anleihe realisiert werden sollen. Aber das Ruhrgebiet müsse der deutschen Wirtschaft wiedergegeben werden, und das Rheinland der Souveränität des Deutschen Reiches unterstellt bleiben. Interessant ist die Erwiderung auf den Hinweis Poincarés bezüglich der Behandlung der Reparationsfrage im Jahre 1870. Die vom Reichskanzler angeführten historischen Belege sind für die heutigen französischen Staatsmänner geradezu beschämend.

Den Regelung. Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten erklärt, daß es keine Annexionen beabsichtige und daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenke. England befindet sich mit dieser Auffassung sicherlich in Uebereinstimmung. Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen und wir sind überzeugt davon, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird. Für uns ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung tragen können. Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden. Aber ich darf mit Genugtuung darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird. Wenn es um die Entscheidung geht, zwischen der Freiheit des Landes oder dem Besitz des Einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einschätzt als jene ostpreussische Landschaft, die einst durch Hingabe ihres Besitzes als Pfand für den Staat Preußen die Abtragung einer großen Kriegsschuldigung ermöglicht hat und die 100 Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeiten zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel väterländischer Pflichterfüllung gegeben hat. In der von mir erwähnten Rede des Kronprinzen Rupprecht in München findet sich der gute Satz: „Es handelt sich nicht um dynastische Fragen, es handelt sich um die Existenz von Reich und Ländern.“ Es handelt sich darüber hinaus auch nicht um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das Leben und Sterben des deutschen Volkes. Jegendeine Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkt aus beantworten kann. Jedenfalls ist sie notwendig.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Kriege 1870-71 die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind und hat mit empfinden, die Korrespondenz zwischen Thiers und dem Grafen Saint Vallier mit dem Generalfeldmarschall von Manteuffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Mir ist diese Korrespondenz wohl bekannt und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon zeugt, daß Deutschland als okkupierende Macht nach einem gewonnenen Krieg sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderleben von Nationen auf der Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen beruht. Graf Saint Vallier schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers unter dem 2. März 1873, daß er mehr als jemals die Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals Frankreich gegenüber loben müsse,

1. Juni 1923.

Mk.

9 655 511.88
75 291.10

13 252 620.97
160 250.—
28 500.—

88 663 820.—
5 000.—

22 490 022.80

121 544.70

4 400 805.—

1 110 000.—

512 767.85

6 502 482.—

4 491 971.70

51 470 588.—

Sichtrents:

res:

enbrand.

aufgelöst.

M

2 266.21

7 591.57

91 641.40

99 095.13

2 708.44

959 474.03

1 162 771.78

ion

en

erei mit

urr.

der ihm von seiner Gesinnung mehr als eine Probe gegeben habe und der unter starkem Druck seine Truppen trotz gewissen Widerstands in Barackenlagern untergebracht hätte, um die französische Bevölkerung zu schonen. Dem deutschen Generalfeldmarschall gebührt, wie Graf Saint Valler in einem anderen Brief vom 23. September 1873 berichtet, eine Stelle aufrichtiger Dankbarkeit in den französischen Annalen. Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem furchtbaren Krieg tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel in den Memoiren des ersten Botschafters der französischen Republik in Berlin, de Contant-Bion, zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte, der Periode des Krieges eine Aera des Friedens folgen zu lassen. Bei der Antrittsaudienz des französischen Botschafters beim deutschen Kronprinzen fiel die Aeußerung: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende; jetzt gilt es, den Frieden zu erhalten.“ Das Wort Frieden klingt in den Berichten des Botschafters nach Paris immer wieder. Von dem Fürsten Bismarck sagt Thiers in einem Brief an den französischen Botschafter mit Recht, daß große Geister stets ein gewisses Maß von Gerechtigkeit besitzen, das bei gebotener Gelegenheit zutage tritt. Und wenige Tage darauf legt er diesen Gedanken über die damalige Politik des deutschen Reichkanzlers fort mit dem Wort: „Danke Sie Herrn Bismarck, daß er auf unseren Wunsch eingegangen ist. Um zu tun, was er getan, mußte man den Preis im Auge haben. Und dieser Preis ist errungen worden. Er besteht in der wesentlichen Beschwichtigung der nationalen Leidenschaften als der besten Garantie für den Frieden!“ Und noch ein letztes Zitat aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Außenminister de Remusat an seinen Botschafter in Berlin: „Wir werden nun soweit wie möglich in unseren alltäglichen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe eintreten lassen und beweisen, was wir immer ausgesprochen haben, daß die Räumung des Gebiets erst den Frieden vollenden und befestigen wird. Die Okkupation ist, solange sie dauert, ein Bild des Krieges. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)“

Die Fragen der englischen Reparationspolitik.

London, 12. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung wird bald zu entscheiden haben, welche Politik sie verfolgen will, falls der passive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt wird und französisch-deutsche Verhandlungen eingeleitet werden. Es scheinen drei Alternativen zu bestehen: 1) Großbritannien kann auf einer allgemeinen Regelung zwischen den Alliierten und Deutschland bestehen, 2) kann es direkt und separat mit Deutschland über seinen eigenen Reparationsanteil verhandeln und zugleich seine Forderungen mit Bezug auf die alliierten Schulden aufrechterhalten, 3) es kann zu der Politik der Isolierung zurückkehren, auf Reparationen verzichten, aber auf voller Bezahlung der alliierten Schulden bestehen.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Riesenraub von Reichsbankgeldern durch die Belgier.

Aachen, 12. Sept. Am Montag, den 3. September, haben die belgischen Besatzungsbehörden wieder gleichzeitig bei der Reichsbankstelle Aachen und den nachgeordneten Dienststellen in Eschweiler, Jülich und Stolberg die Kassenbestände weggenommen. Es fielen den Belgiern insgesamt 264 895 800 000 M. in die Hände. Der Requisitionsbefehl lautet überall auf je 500 Milliarden Mark für Bedürfnisse der Armee.

Duisburg, 12. Sept. Am 3. Sept. wurden durch die belgischen Besatzungsbehörden in der Reichsbankstelle Duisburg insgesamt 50 Milliarden M. geraubt. Am gleichen Tage nahmen sie bei den Reichsbanknebenstellen in Duis-

burg, Meiderich, Ruhrort und Hornberg insgesamt 212 Milliarden M. weg.

196 Milliarden gestohlen.

Köln, 12. Sept. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Gelsenkirchen berichtet, hatte die Gesellschaft der Zeche „Viktor 1 bis 4“ am Samstag Lohngehälter in Höhe von 196 Milliarden Mark in die Sprengstoffkammer auf der vierten Sohle der Schachtanlage unter starker Bewachung eingeschlossen, um es vor allem gegen die Beschlagnahme durch die Franzosen zu sichern. Am Montag morgen war das Geld verschwunden. Alle Bemühungen der Polizei, Licht in den Diebstahl zu bringen, waren bisher erfolglos. Unter den diesmal entwendeten Geldern befinden sich 160 Milliarden neue 20 Millionenstücke der Bergwerksgesellschaft Libéria, die gestern für ungültig erklärt wurden.

Die Vernichter des rheinischen Waldes.

In einer ihrer letzten Nummern beschäftigt sich die deutsche Fachzeitung „Der Holzmarkt“ mit der „forsitlichen“ Tätigkeit der Franzosen im besetzten Gebiet. „Diese Tätigkeit“, so heißt es in dem Artikel, „richtet Schaden an, deren Ausmaß wesentlich größer ist, als man zu Beginn der Besetzung befürchten konnte. Die Franzosen haufen in den Forsten des besetzten Gebietes unglaublich, es kann auch gar kein Zweifel darüber sein, daß eine ganze Reihe ihrer Maßnahmen aus purer Nebertracht gewachsen ist. Im Hunsrück, Bezirk Trier, fällen sie in der Oberförsterei Dronneken grundsätzlich nur die schönsten Stämme, ohne Rücksicht auf irgendwelche Waldpflege und forstlichen Grundzüge. Dort stehen im Schutzbezirk Deuselbach 150 Jahre alte Weisstannen in großer Zahl, die in jahrzehntelanger Pflege aufgespart wurden, um jeweils den Bedarf ganz besonderer Starthölzer decken zu können. Was das für Stämme sind, sieht man am besten aus den Abmessungen, die durchweg 24—29 m lang bei einem Mittendurchmesser bis 60 cm und einem Kubikinhalt je Stück bis zu 5 fm sind. Zweidrittel der Länge ist astrein, kerngerade, gesund, ohne Korkfäule, also durchweg wunderbares Material, wie es selten wo in Europa angetroffen wird. Diese Hunderte von Stämmen werden von den Franzosen ausgeraubt. Man hat Zuhelfen aus Luxemburg und Frankreich samt Arbeiterkolonnen und Lastautos kommen lassen und transportiert die Stämme im Triumph ab, selbstverständlich auf deutschen Waggons. Aus solcher Räuberei könnte man vielleicht schließen, daß die Franzosen keine Hoffnung hegen, dauernd im linksrheinischen Gebiete zu bleiben, denn sonst würden sie ihren eigenen Zulunftsbesitz nicht derart verwüsten. Aber auch das wäre ein Trugschluß, denn Frankreich ist noch nie ein Hege- und Pfleger gewesen, es hat nach jedem erfolgreichen Kriege den Landwüterer gespielt, hat auch vor den Befreiungskriegen das linksrheinische Gebiet forstlich zerstört. Aber wenn diese französische „Forstpflege“ noch ein paar Jahre weitergeht wie bisher, dann ist der linksrheinische Wald wiederum auf 100 Jahre vernichtet, das ganze Land klimatisch dazu. (Man braucht nur an die Eifel zu denken, wo die Schäden der früheren Verwüstung vor 100 Jahren noch heute nachwirken.)

Auch sonst hat Frankreich in allen linksrheinischen Forsten bis jetzt schon furchtbar gehaust. Verbrecher aus aller Welt sind zusammengeworfen worden, um den deutschen Wald niederzuschlagen. Allein im Soonwalde sind schon über 300 Morgen bester Fichtenbestände abgetrieben, und es ist charakteristisch, daß die Franzosen gerade die landschaftlich schönsten Stellen verunstalten, so z. B. um das Denkmal des „Jäger aus Kurpfaß“ bei der Oberförsterei Entenpühl, wo man, um das Denkmal zu schänden, 100 Morgen unreifen Bestand ringsherum abgetrieben hat — aus purer Nebertracht.

Und wie es mit dem Wald getrieben wird, bei dessen Ausbeutung ohne Rücksicht auf spätere Windstürme usw. Kahlschläge geführt werden, so treibt man es auch mit der Jagd. Die wird von den Kulturträgern mit einer Gemeinheit und Grausamkeit geführt, der nur romanische Völker fähig sind. Die Hirschküh wird vom Kalb, die Hinde vom Reh von diesen Jagdheben weggeschossen und die farbigen Franzosen stecken mit Vorliebe tragende Häsinnen in ihre Kochtöpfe. Hoffentlich vergißt das Deutschlands Forst- und Jägerwelt niemals!

Berlin, 12. Sept. Wie den Blättern mitgeteilt wird, wird die Abholzung der rheinischen Wälder von den Franzosen eifrig betrieben.

Bevorstehende Aufhebung der Sperre?

Ludwigshafen, 12. Sept. Wie uns von der Regierung in Speyer mitgeteilt wird, hat der französische Kreisbelegte die Regierung der Pfalz davon in Kenntnis gesetzt, daß der Zeitpunkt des Endes der Grenzsperrung auf den 15. September 1923, mitternachts festgesetzt ist. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß aus dieser formellen Mitteilung des Vertreters der Besatzungsbehörden nicht hervorgeht, ob mit der Beendigung der verschärften Sperre nun ohne weiteres die alten Pässe wieder in Kraft treten oder ob neue ausgestellt werden müssen.

Köln, 12. Sept. Nach einer Havasmeldung der „Kölnischen Zeitung“ wird, einer Mitteilung der belgischen Besatzungsbehörde zufolge, das Verbot der Ueberschreitung der Grenzen des besetzten Ruhrgebietes und des Brückenlopfes Düsseldorf am 16. September aufgehoben.

Zur auswärtigen Lage.

Eine polnisch-litauische Streitfrage vor dem Völkerbund.

Genf, 10. Sept. Die litauische Regierung hat die Völkerbundsversammlung ersucht, dem ständigen internationalen Gerichtshof folgende Frage vorzulegen, die sich auf die Entscheidung des Völkerbundsrates im litauisch-polnischen Konflikt bezieht: Sind die Beschlüsse des Völkerbundsrates, die nur von einem Teil der streitenden Parteien angenommen wurden, dem anderen Teil gegenüber, der sie verworfen hat, rechtsgültig und setzt sich der ablehnende Teil, wenn er nach der im Völkerbundsvertrag festgesetzten Frist den Krieg erklärt, den Sanktionen aus Artikel 16 aus? — Der Rechtsausschuß der Versammlung, der zunächst den Fall prüfen soll, ernannte einen Unterausschuß zur Prüfung der Frage, ob die Versammlung überhaupt berechtigt sei, zu einer vom Völkerbundsrat bereits abgeschlossenen Debatte nochmals Stellung zu nehmen. Im Verlaufe der Aussprache erklärte der polnische Vertreter, daß es sich nur um eine reine Rechtsfrage handele, der sachliche Streitfall für Polen aber durch die Grenzfestsetzung der Botschafterkonferenz erledigt sei. Der litauische Vertreter stellte demgegenüber fest, daß für Litauen die Frage offen bleibe. — Es handelt sich wahrscheinlich um Wilna, das den Polen zugesprochen worden ist.

Deutschland.

Bemühungen zur Beilegung des Konflikts zwischen dem Reichswehrminister und dem sächsischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 13. Sept. Wie die Blätter hören, hatte der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner gestern eine Besprechung in der Reichskanzlei, bei der eine größere Anzahl Persönlichkeiten, darunter sämtliche sozialdemokratische Mitglieder des Reichstags, anwesend waren. Das Material über den Konflikt wurde in eingehender Weise geprüft und unter den anwesenden Mitgliedern des Kabinetts ergab sich vollständige Uebereinstimmung in der Beurteilung des Materials. Seitens der Reichsregierung wird alles geschehen, um den Konflikt zwischen Reichswehrminister Dr. Geßler und Dr. Zeigner aus der Welt zu schaffen.

Keine Entlassung von lebenslänglich angestellten Beamten.

Berlin, 12. Sept. Ein hiesiges, die äußerste Linke vertretendes Blatt hat Aufsehen erregende Nachrichten über den angeblich von der Reichsregierung geplanten Beamtenabbau auf Forderung der Entente gebracht. Diese Meldung ist, wie den Blättern mitgeteilt wird, rein erfunden. Von einer solchen Forderung der Entente ist nichts bekannt. Eine Entlassung von lebenslänglich angestellten Beamten kann überhaupt nicht in Frage kommen. Die Enternung entbehrlicher Kräfte kann sich nur in den Formen und unter den Garantien der allgemeinen Grundzüge des Beamtenrechts vollziehen.

Guter Stil und gute Sprache.

Merksprüche von Else Arnheim.

Sprich nicht, wenn du sprechen willst, sprich nur, wenn du sprechen mußt.

Sprich und schreibe, wie dir der Schnabel gewachsen ist; doch Sorge vorher, daß er sich gut und gerade ausgewachsen hat.

Schärfe dein Ohr für alles Richtklingende, Ueberflüssige, Geschwähzige, dann meidet dein Mund das Seelenlose von selbst.

Sprich und schreibe wie einer, dessen Zeit kostbar ist und mache es nicht wie das Huhn, das lange gadert, bevor es ein Ei legt.

Merke: daß Einfachheit und Schlichtheit immer auch Wahrheit ist, darum sei mißtrauisch gegen alles, was verworren, gewollt und geschwähzig ist.

Randbemerkungen.

Es mag ein Staatsmann vieles sagen, Was richtig, klug und weise ist, Doch bleibt die wichtigste der Fragen, Die keiner ungestraft vergißt, Bei jedem Volk zulezt der Magen.

Kraft baut das Leben, Fleiß erhält es, Sein Schmutz ist Anmut.

Im Schaffen von phantastischen Gestalten Hat mit Erfolg die Kunst sich stets versucht:

Die Furcht auch weiß recht gut damit zu schalten, Die stärkste Phantasia hat Eifersucht.

Ein Redner, der vorsicht'gerweise Vom Blatt ab seine Rede liest Und sich im Wort so nie vergißt, Kommt seltener aus dem Geleise. Doch willst du auch im tiefsten Paßen, Daß Wortgezwick und Silbenwaden Und rede quellfrisch, frei und fest, Ist so von deiner Leben weg!

Philosophie schätzt nüchternen Verstand Mit Recht allzeit und allerwärts; Mir aber bleibt der liebste Philosoph Doch stets das Herz.

Wilhelm Herbert.

Unheilbar.

Skizze von August Uebelacker-München.

Es war einmal ein Mann. Als der Weltkrieg anhub, entsetzten ihn die furchtbaren Ereignisse so sehr, daß sein schwacher Geist es nicht ertragen konnte.

Er kam in die Irrenanstalt. Dort blieb er lange Jahre. Allmählich beruhigte sich sein überreiztes Gehirn. Er wurde geheilt.

Heute sollte er entlassen werden. Froh bewegt trat er aus den hohen Mauern heraus in die Freiheit und winkte einem vorüberfahrenden Auto, um zur Stadt zu gelangen.

Als er dort ankam und auf dem großen Platz ausstieg, fragte er den Führer nach dem Preis der Fahrt.

„Zehn Millionen Mark!“ sagte dieser.

„Was? stammelte der Mann. „Was? Ich habe Sie nicht verstanden.“

„Zehn Millionen Mark!“ wiederholte der Kraftwagenführer ungeduldig.

„Ja!“ murmelte der Mann da von Sinnen. „Ja! Ja! Ich weiß nicht, ich glaube, ich träume... aber auf keinen Fall habe ich soviel Geld...“

„Dann lasse ich Sie als Betrüger verhaften,“ entgegnete der Führer barsch. „Das ist der übliche Preis. Wer fahren will, muß das wissen.“

Der Mann wühlte in seinen Taschen und fand endlich, in der Weste versteckt, ein Zwanzigmarkstück.

„Da!“ sagte er unsicher. „Da! Verzeihen Sie! Mehr habe ich nicht...“

Plötzlich wurde der Führer sehr höflich und nahm die Münze ab. „Aber bitte“ — sagte er — „gedulden Sie sich noch einen Augenblick — da bekommen Sie ja hundert Millionen zurück...“

„Wa-a-as?“ schrie der Mann und starrte ihn verzweifelt an. „Wa-a-as?“

„Hundert Millionen“... wiederholte der Führer. Da griff der Mann sich an den Kopf, riß den Wagenschlag auf und rief hoffnungslos: „Schnell! Schnell! Zurück in die Irrenanstalt!“

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. September 1923.

Die Notlage der Geistlichen.

Vor kurzem ging eine Notiz durch die Presse, wonach vom Reich eine größere Summe für kulturelle Zwecke, u. a. auch zur Aufbesserung der Hilfsgeistlichen zur Verfügung gestellt worden sei. Die Fassung der Notiz hinfällig zur Aufklärung verleiten, daß nur hinsichtlich der Hilfsgeistlichen eine Notlage bestehe, während bezüglich der finanziellen Lage der Pfarrer alles in Ordnung sei. Es muß einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß dem leider keineswegs so ist. Schon vor 27 Jahren hat einmal ein Geistlicher gesagt: „Man hat in weiten Kreisen keine Ahnung, welche Armut in manchen Pfarrhäusern herrscht.“ Das trifft heute in hundertfach verstärkter Weise zu. Die Nebeneinnahmen sind so lächerlich gering, daß man von ihnen am besten gar nicht spricht. Ein im Dienst ergrauter Pfarrer bezieht nicht einmal am ganzen Tag soviel Gehalt, als der jüngste Handwerker in einer halben Stunde verdient. In den weitesten Kreisen herrscht die Ansicht, daß in den Pfarrhäusern alles wohl bestellt sei, während in Wirklichkeit in den meisten drückende Armut, Not und Entbehrung herrschen. Die Einziehung in den Gehaltstarif steht zwar auf dem Papier, aber was hilft das, wenn keine Mittel vorhanden sind, um die Gehälter zu bezahlen? Den kirchlichen Behörden sind die Hände gebunden, da ihnen nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Ein Ausweg wird gefunden werden müssen.

Die Wetterlage.

Entsprechend der im letzten Bericht gegebenen Vorhersage blieb die Witterung an den ersten Tagen des ersten Herbstmonats noch veränderlich, kühl und zu Regenfällen geneigt. Dann stellte sich recht schönes Herbstwetter ein. Unser Gebiet lag dann meist innerhalb des Bereichs von hohem Druck, dessen Kern über Südfrankreich lagerte. Druckstörungen, deren Herannahen von Westen sich ankündigt, werden in den nächsten Tagen mit Trübung und Strichregen eine zeitweise Unterbrechung des bestehenden Witterungscharakters bedingen.

Wetter für Freitag und Samstag.

Der Luftwirbel im Norden breitet sich nach Süden aus und bereitet dem schönen Spätsommerwetter ein Ende. Am Freitag und Samstag ist meist bedecktes, zeitweilig regnerisches und kühleres Wetter zu erwarten.

Die Frage der Umbezeichnung der Bodenfehdampfer.

(Stuttg.) 11. Sept. Die Abgg. Dr. Fürst, Dr. Weißwänger, Dr. Schott (BpB.) haben folgende Kleine Anfrage gestellt: Wie die Tagespresse berichtet und durch Rückfragen bestätigt ist, hat die Reichsbahndirektion verfügt, daß an den ehemals württ. Booten „König Wilhelm“, „König Karl“ und „Königin Charlotte“ die historischen Wappen wie Aufschriften beseitigt und die letzteren durch die Bezeichnung „Hohenstaufen“, „Hohenneuffen“ und „Lichtenstein“ ersetzt werden. Diese milliardenverschlingende und kulturwidrige Anordnung hat in weiten Kreisen des Schwabenvolkes schweres Aergernis und große Erregung hervorgerufen. Ist das Staatsministerium bereit, in Berlin scharfsten Einspruch zu erheben, und alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu erschöpfen, um die Durchföhrung dieses Ungedankens zu verhindern? Wir begnügen uns mit schriftlicher Antwort.

Steffani Drehja.

Roman von Alexandra v. Wosse.
Er hörte aus dem Ton ihrer Stimme und ihren Worten, daß ihr Ernst war mit dem, was sie sagte, und lenkte schnell ein: „Na ja, bleiben wir dabei, daß wir Verwandte sind. Ein Vetter aber darf seine Waise lieben, rein verwandtschaftlich natürlich; dieses Recht nehme ich für mich in Anspruch.“ sagte er in erzwungen scherzendem Ton.
Steffani antwortete nicht; sie hatte ihre Hand seinem Arm entzogen, und so traten sie nebeneinander auf den großen erlesenen Platz vor dem Hause, wo die meisten der Gäste in zwanglosen Gruppen umherstanden. Steffani erblickte sogleich Jolan Blinsky und neben ihr noch immer Rüdiger, aber nicht mehr allein mit ihr; sie unterhielten sich mit Frau v. Wjborg und einigen anderen Personen.
„Ah, die beiden Unzertrennlichen!“ sagte Jolan Blinsky, als sie Steffani mit Treben aus dem Schatten der Büsche kommen sah; ihre helle Stimme klang so laut, daß aller Augen sich den beiden zuwandten. Mit lebenswürdigem, ein wenig boshaftem Lächeln wendete sich die Polin an Steffani: „Das erinnert an alte Zeiten, liebste Steffani, wenn der Herr Papa schalt, weil seine Aelteste sich mit dem lieben Vetter zu lange abgefunden!“ Sie lachte, und ihre schwarzen Augen funkelten vergnügt, sie freute sich, durch ihre Bemerkung Steffani in Verlegenheit zu bringen.
„Aber beste Frau v. Blinsky!“ sagte vorwurfsvoll Frau von Wjborg.
Das unsichere Licht, das die bunten Lampen verbreiteten, ließ nicht erkennen, ob Steffani errötete. Sie selbst fühlte, wie eine dunkle Blutwelle sich über ihr Gesicht ergoß; sie war so überrascht durch den unermuteten, boshaften Angriff, daß sie kein Wort der Entgegnung fand.
Sie sah Rüdiger an, der ihr zugewandt stand, und das leichte Erstaunen in seinem Blick. Da kam ihr Hilfe von unerwarteter Seite; eine der Damen, für welche sie die Rissen geholt, wendete sich entschuldigend ihr zu: „Liebste Gräfin Drehja bemühen Sie sich denn wirklich wegen uns? Es tut mir so leid, aber es wurde

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betreffend den Kartoffelhandel und Kartoffelaufkauf.

Auf Grund der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. Teil I S. 706) und der hierzu ergangenen Verfügung des Ernährungsministeriums vom 7. August 1923 (Staatsanzeiger Nr. 184) wird folgendes bekanntgegeben:

I. Wer mit Kartoffeln Handel betreiben will, bedarf einer besonderen Erlaubnis der Landesverorgungsstelle. Anträge auf Zulassung zum Handel mit Kartoffeln sind unter Beifügung eines Lichtbildes in Passformat auf dem von der Landesverorgungsstelle vorgeschriebenen Vordruck beim zuständigen Oberamt des Geschäftssitzes, beim Fehlen eines solchen des Wohnsitzes einzureichen.

Dieser besonderen Erlaubnis bedarf nicht der Erzeuger für den Verkauf selbstgebaute Kartoffeln und der Inhaber eines Kleinhandelsbetriebs, in dem Kartoffeln nur unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden, es sei denn, daß der Handel im Umherziehen betrieben wird.

II. Jedermann, der beim Erzeuger in eigener Person ankauf, und nicht im Besitz einer eigenen Handels- oder Ankaufserlaubnis (vergl. I) ist, bedarf einer Ankaufserlaubnis der Landesverorgungsstelle. Ohne Ankaufserlaubnis darf nur für den Bedarf des eigenen Haushalts angekauft werden. Als eigener Haushalt gelten nicht Pensionen, Speisehäuser, Wirtschaften, Fabrikantinnen, Volksküchen u. dergl.

Die Anträge sind unter Beifügung eines Lichtbildes in Passformat auf dem von der Landesverorgungsstelle vorgeschriebenen Vordruck beim Oberamt des Geschäftssitzes, beim Fehlen eines solchen des Wohnsitzes, einzureichen.

In Fällen, in denen der Antragsteller nicht in Württemberg wohnt und auch keine gewerbliche Niederlassung daselbst hat, ist der Antrag bei der Landesverorgungsstelle in Stuttgart unmittelbar einzureichen.

Vordrucke zu den Gesuchen um Erteilung eines Handels- und Ankaufserlaubnisses sind bei dem Oberamt erhältlich.

III. Die Inhaber von Handels- und Ankaufserlaubnissen haben diese Urkunden stets mit sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen.

Erzeuger dürfen an Käufer, die in eigener Person aufkaufen, Kartoffeln nur verkaufen, wenn der Ankauf für den eigenen Haushalt des Käufers erfolgt oder wenn sich die Käufer als Inhaber einer Handels- oder Ankaufserlaubnis (zu vergl. I u. II) ausweisen.

IV. Wer es unternimmt, ohne die erforderliche Erlaubnis Kartoffeln anzukaufen oder wer als Erzeuger Kartoffeln an Unberechtigte verkauft, wird mit den in §§ 28-34 der eingangs genannten Verordnung angedrohten Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Kartoffeln erkannt werden.

Calw, den 11. September 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann A. B.

Markturruhen.

(Stuttg.) Winnenben, 12. Sept. Am heutigen Viehmarkt kam es hier zu Unruhen, die bedrohlichen Charakter annahmen. Als das Marktgericht aufzog und Beamte der Wucherpelizei gegen einzelne Marktbesucher einschritten, als ferner bekannt wurde, daß zufällig auch ein Beamter des Finanzamtes, unterstützt von einem Landjäger, Erhebungen anstellte, entstand unter den Marktbesuchern eine lebhaftere Erregung. Ob diese sich mehr gegen das Marktgericht oder das Finanzamt richtete, läßt sich

noch nicht feststellen. Ein Teil der Marktbesucher machte Anstalt, das Rathaus zu stürmen, um das dort tagende Marktgericht an der Fortsetzung seiner Tätigkeit zu hindern. Die Beamten der Wucherpelizei konnten die erregte Menge zurückdrängen. Von der Waffe wurde keine Gebrauch gemacht, obgleich die Demonstranten einen Beamten der Wucherpelizei blutig schlugen. Da die zum Teil mit Stöcken bewaffneten Marktbesucher das Rathaus umlagerten und immer noch die Absicht erkennen ließen, es zu stürmen, wurde ein kleines Kommando der staatlichen Schutzpolizei im Automobil aus Stuttgart herbeigeschafft. Der Schutzpolizei gelang es rasch, die Ruhe wiederherzustellen.

(Stuttg.) Pforzheim, 12. Sept. Gestern früh kurz nach 7 Uhr kam der Sohn des Malermeisters Kühn auf seinem Fahrrad von der östlichen Karl-Friedrichstraße und bog in die Klüsterstraße ein, als er mit dem von Mülhhausen kommenden Stationskraftwagen zusammenstieß. Er wurde so schwer verletzt, daß er, ehe die Sanitätskolonne mit dem Krankenwagen zur Stelle war, bereits starb.

(Stuttg.) Freudenstadt, 12. Sept. Die trockene Witterung macht sich am Heimbachkraftwerk unangenehm bemerkbar. So mußte der Strom zeitweilig abgestellt werden, was sich namentlich in den Nachtstunden und in Krankenzimmern besonders mißlich geltend machte.

(Stuttg.) Stuttgart, 11. Sept. In den letzten Wochen wurden durch die Kriminalpolizei wieder eine Reihe von Einbrüchen dingfest gemacht. Anlässlich einer kriminalpolizeilichen Fremdenkontrolle in Pensionen wurden drei Männer, die sich dort unter falschem Namen aufhielten, im Besitz von modernem Einbrecherwerkzeug betroffen und festgenommen. Es handelte sich um sehr gefährliche Verbrecher, die als Damenschneider, Glaser und Sattler zuletzt in Berlin ansässig waren und dort — weil ihnen der Boden zu heiß geworden war — verschwinden mußten. Die Nachforschungen ergaben, daß sie insgesamt zehn, meist in und bei Berlin verübte schwere Diebstähle auf dem Kerbholz hatten. In einem Falle hatten sie am hellen Tage aus einer Fabrik in Berlin Platin gestohlen und den hinzugekommenen Besitzer unter vorgehaltener Pistole gefesselt und festgebunden. Alle drei, der 35 Jahre alte Fritz Jatusbe, ein aus dem Zuchthaus entsprungenener, längst fleckenhaft verfolgter schwerer Junge, der 31 Jahre alte Otto Heder und der gleichaltrige Jean Wolff wurden dem Gericht übergeben. — Ein Wohnungs- und Dachkammereinbrecher, der es hauptsächlich auf Schmuck- und Kleidungsstücke abgesehen hatte, wurde in der Person des geschiedenen Albert Michel von Frankfurt a. M. ergriffen. Die Häufigkeit solcher Diebstähle veranlaßte die Kriminalpolizei zu besonderen Gegenmaßnahmen, wodurch nach verhältnismäßig kurzer Zeit Michel als Täter festgestellt werden konnte. Außer 14 Einbrüchen in Stuttgart hat er auch zwei solche in München und fünf in Leipzig verübt. Zwei junge Damen aus Frankfurt a. M. und Dresden, die sich in ständiger Begleitung des Michel befanden und ihm beim Abjag seiner Beute behilflich waren, wurden gleichfalls festgenommen. — Junge Burchen von Bernhausen, die Brüder Ernst und Albert Reiffing, Albert Böpple und Wilhelm Kaiser, haben in den letzten Monaten in der Umgebung von Stuttgart und auf den Feldern zahlreiche Gartenhauseinbrüche verübt und neben Bekleidungsstücken mit Vorliebe auch Zinkblechdächer und Ablaufrohre mitgenommen. Gelegentlich wurden von ihnen auch Keller- und Wohnungseinbrüche in Bauernhäuser in der Gegend von Rottweil, Aebelingen und Laudenbach ausgeführt und Wäsche, Kleider, Eier, Fleisch und Geflügel gestohlen. Die Burchen sind hier festgenommen worden.

zu verbergen. Da legte sie die Hand auf seinen Arm: „Ebbo, du hast gespielt? — Ist es eine Ehrenschuld?“

„Ja!“

„Ich will Rüdiger bitten...“

„Nein,“ unterbrach er sie rasch, „Rüdiger darf davon nichts erfahren!“

„Warum nicht? Er kann dir helfen, und er wird es tun.“

Seine Stirn wurde brennendrot, als er gepreßt sagte: „Er hat mir schon zweimal geholfen.“

„So wird er es auch ein drittes Mal tun — wenn ich ihn darum bitte.“

„Ich glaube dir,“ stammelte Ebbo, „aber das zweite Mal versprach ich ihm — ich tat es freiwillig — nicht wieder-zu spielen...“ Er senkte die Stirn: „Es geht nicht, du verstehst...“

„Wie konntest du — ich bitte dich, wie konntest du dann...“ rief Steffani.

Er zuckte die Achseln und begann sich zu entschuldigen: „Du weißt nicht, wie das ist, Steffi, man kommt dazu, ohne selbst zu wollen; ich habe es mir ja auch fest vorgenommen, nicht mehr zu spielen!“

„Wenn ich Rüdiger nicht um das Geld bitten soll, dann — mußt du Papa beichten,“ sagte Steffani.

„Unmöglich! Er kann nicht zahlen, und wenn er es kann und tut, dann muß ich den Abschied nehmen. Das aber will ich nicht tun.“

„Tante Agathe vielleicht...“

Ebbo wehrte mit müder Bewegung ab.

Beide schwiegen einige Zeit. Ebbo überlegte und fand, daß er Treben darum bitten müsse. Ihm schuldete er allerdings schon einen ansehnlichen Betrag, und einmal hatte Treben ihn auch ziemlich schroff abgewiesen, ihn als lästigen Bittsteller behandelt, aber jetzt — er hatte bemerkt, wie sehr der Vetter sich wieder für Steffani interessierte — jetzt würde er Steffanis Bruder in ihm sehen. Das Blut stieg ihm plötzlich ins Gesicht; er biß sich auf die Lippen: nein, er durfte nicht als Bittender zu ihm gehen, durfte nichts von ihm annehmen.

(Fortsetzung folgt.)

— Ganz besonders eifrig betätigt hat sich der ledige Photograph Hermann Ehlinger von Stuttgart, der teils allein, teils unter Mitwirkung von Gehilfen, in den letzten zwei Jahren 25 größere Einbrüche, worunter 18 in Stuttgart, 5 in Heilbronn und 2 in Würzburg ausgeführt hat. Ehlinger hat mit besonderer Vorsicht Aussteuer- und Schuhgeschäfte und Metzgerläden heimgeführt und in allen Fällen reiche Beute gemacht, die teilweise wieder beigebracht werden konnte. Mit ihm wurden als Mitarbeiter der Reisende Karl Ostertag von Cannstatt, der Schlosser Richard Zehnder und der Sattler Georg Pfisterer von Stuttgart, sowie der Schreiber Christian Christein von Cannstatt festgenommen und dem Gericht zugeführt. Auch von den der Hehlerlei überführten Personen mußten mehrere dem Gericht übergeben werden.

(SGB) Stuttgart, 12. Sept. In Cannstatt wurde beim Wilhelmtheater eine weibliche Leiche aus dem Redar geländet, deren Persönlichkeit bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte. Es liegt zweifellos Selbstmord durch Ertrinken vor. — In einem Hause der Wolframstraße wurde ein 39 Jahre alter Arbeiter in seinem Zimmer tot aufgefunden. Es liegt eine durch Unvorsichtigkeit herbeigeführte Gasvergiftung vor.

(SGB) Ehlingen, 12. Sept. Im Redar oberhalb der Pflauserbrücke wurde der Leichnam einer hier wohnhaften Frau geländet. Die Lebensmüde litt seit längerer Zeit an Schwermut und hat in diesem Zustand den Tod im Redar gesucht.

(SGB) Schwenningen, 11. Sept. Anlässlich des deutsch-nationalen Jugendparteitages kam es auf den Straßen in Billingen zu Tumulten. Die geschlossen in ihr Quartier marschierenden Gruppen wurden bald nach ihrem Herausretren aus dem Lokal von einer johlenden Menge empfangen, die sie durch die Stadt verfolgte. Auf der Niederstraße und Nietstraße, wo zurzeit Schottersteine liegen, steinigte man die deutsch-nationalen Jugendgruppen. Es gab eine ganze Anzahl Verletzte. Auch Straßenpassanten, die mit den Veranfassungen nichts zu tun hatten, wurden verletzt. Vereinzelt wurde auch mit dem Messer auf die deutsch-nationalen Jugendvertreter eingestochen. Da sich der Tumult in später Abendstunde abspielte, ist es der Gendarmen- und Schutzmannschaft nicht gelungen, Tumultanten festzunehmen.

(SGB) Lauffen a. N., 12. Sept. Auf der Straße von Kirchheim nach Lauffen war der 87jährige Privatier Hör-

ger, Schwiegervater des Schuhfabrikanten Weller, auf dem Rückweg nach Lauffen begriffen. Ein Auto kam von hinten angefahren, das der alte Mann nicht bemerkte. Er wurde erfasst, eine große Strecke geschleift und erlitt so schwere Verletzungen, daß er tot liegen blieb. Die Insassen des Autos legten die Leiche in den Straßengraben und fuhren weiter, erlitten aber einen Defekt, so daß sie ihr Auto bei Lauffen stehen lassen mußten. Sie benutzten dann den Zug und fuhren nach Heilbronn, wo sie den Unfall zur Anzeige brachten. Durch die Landjägersmannschaft und die Angehörigen wurde die Leiche am anderen Morgen aufgefunden. Wie weit den Autofahrer eine Schuld an dem Unfall trifft, wird die Untersuchung ergeben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern in Berlin 96 760 000 Geld, 96 240 000 Brief, in Frankfurt 107 730 000 Geld, 108 270 000 Brief. Die Goldmark wurde zu 22 857 143 notiert. Der New Yorker Schluszkurs betrug 114 285 714. In der Frankfurter Börse wurde der holl. Gulden zu 41 980 000 gehandelt, der Schweizerfranken zu 20 947 000, die schwedische Krone zu 28 927 500, der italienische Lire zu 5 187 000, der französische Franc zu 6 783 000 und das englische Pfund zu 491 225 000.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SGB.) Stuttgart, 12. Sept. Heute ist der Dollar in Berlin amtlich auf 96 Millionen, mußte aber noch rationiert werden, weil die Nachfrage bis zu 115 und 120 Millionen ging. Infolgedessen haben sich auch an der Börse wieder die Kurse mindestens verdoppelt und zum Teil vervielfacht. Das ganze Getriebe macht einen unsinnigen Eindruck. Man kauft um jeden Preis und fragt überhaupt nicht mehr nach dem Kurs. Die Kurszettel in den Zeitungen liegen früher die drei Nullen der Tausender weg; jetzt bringen sie die Kurse nur noch in Millionen von Prozent. Das gilt auch für nachfolgende Steigerungen: Hypothekbank + 13 (18), Notenbank + 45 (70), Vereinsbank + 45 (65). Von Brauereien waren höher: Ravensburg + 47 (60), Ehlingen + 51 (60), Kettenmeyer-Tivoli + 40 (60), Württ.-Hohenz. + 50 (60), Wulle + 25 (50). Textilwerte: Erlangen + 135 (180), Unterhausen + 200 (300), Bietigheim + 320 (450), Kolb und Schüle + 200 (250), Pfersee + 200 (300), Kottern + 170 (300), Kuchen + 200 (300), Filz + 200 (300), Weilerstadt

+ 178 (200), Ehlingen + 165 (250), Rattum + 170 (300), Baw beuren + 400 (600). Metalle und Maschinenaktien: Daimler + 60 (80), Tuttlingen 450 (700), Hansa Metall 36 (50), Sohner + 300 (550), Jungheins 130 (180), Koch 165 (260), Köln-Rottweil 385 (500), Laupheim 190 (300), Magirus 40 (60), Ehlingen 85 (120), Hesser 75 (100), Weingarten 190 (250), Redarjulm 85 (120), Württ. Metall 400 (600). Sonst sind noch als höher zu erwähnen Anilin 250 (500), Bremen-Befigheim 150 (250), Heidelberger Cement 85 (120), Verlagsanstalt 50 (80), Kaiser Otto 52 (100), Knopffabrik 95 (135), Knorr 90 (130), Leibbrand 65 (80), Alt-Württemberg 87 (120), Malz 57 (80), Redarwerke 75 (90), Salz Heilbronn 1100 (1500), Wachenheim 160 (200), Schleppschiffahrt 16 (20), Bädernmühle 190 (250), Gips 500 (600), Jader 230 (300), Südd. Holz 100 (200), Union 25 (50), Württ. Elektr. 60 (100) und Ziegel Ludwigsburg 60 (120). Ebenso war es im Freiverkehr.

Märkte.

(SGB) Ludwigsburg, 12. Sept. Dem Schweinemarkt waren 4 Käufer- und 158 Milchschweine zugeführt. Verkauft wurden 1 Käufer und 120 Milchschweine. Der Preis für ein Käuferfleisch betrug 150 Millionen, für ein Milchschwein 60—130 Millionen.

(SGB) Reutlingen, 12. Sept. (Viehmarkt.) Aufgetrieben wurden: 40 Ochsen und Stiere, 43 Kühe, verkauft 3 Stück zu 2,5—3 Milliarden, 15 Rinder und Kalbinnen, verkauft 5 Stück zu 1,8—2,5 Milliarden, 62 Küber unter 1 Jahr, verkauft 3 Stück zu 0,5—1,5 Milliarden, 2 Schweine zu 500 Millionen, 18 Käufer, verkauft 8 Stück zu 120—240 Millionen, 150 Milchschweine, verkauft 110 Stück zu 60—130 Millionen, Pferde 5 Stück.

(SGB) Ulm, 12. Sept. (Schränne.) Zugeführt waren: 104,10 Ztr. Dinkel, 123,44 Ztr. Gerste, 219,21 Ztr. Haber, 41,69 Ztr. Weizen, 20,87 Ztr. Roggen, 3,20 Ztr. Kerneu. Preise per Zentner in Millionen: Dinkel 20—26, Gerste 30—55, Haber 20—50, Weizen 40—72, Roggen 40 bis 50, Kernen 40.

(SGB) Leutkirch, 12. Sept. Der Schranne waren zugeführt: 344 Rilo Gerste, 1858 Rilo Haber und 267 Rilo Dinkel. Verkauft wurden 198 Rilo Gerste, 1281 Rilo Haber und 217 Rilo Dinkel. Erlös für Gerste 110—140 Mill., für Haber 70—100 Mill. und für Dinkel 130 Millionen, je pro Doppelzentner.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der W. Völschinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Der Gemeinderat hat am 6. September 1923 eine Erhöhung der Einwohnersteuer und Hundeabgabe

sowie die Erhebung einer Getränkesteuer auf Wein, weinartige Getränke, Obstmost, Obstsaft und andere weinähnlichen Getränke, Schaumwein, schaumweinähnliche Getränke, Bier und Trinkbranntwein entsprechend der Verfügung des Ministeriums des Innern und der Finanzen vom 6. August 1923 (Staatsanzeiger Nr. 182) mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 ab beschloffen. Die näheren Bestimmungen sind am Rathaus angeschlagen. Weitere Auskunft über die Getränkesteuer und Formulare sind im Rathaus Zimmer 2 erhältlich.

Die Verbrauchsabgabe von Bier wird rückwirkend auf 1. April 1923 außer Kraft gesetzt. Die Nachzahlung für 1923 beträgt bei der Einwohnersteuer 300 000 Mark von jedem Steuerpflichtigen und bei der Hundesteuer vom 1. Hund 2 Millionen, vom 2. Hund 4 Millionen, vom 3. und jeden weiteren Hund 6 Millionen Mark. Steuerpflichtige, die ihren Hund ohne späteren Ersatz nachweislich binnen 4 Wochen veräußern oder beseitigen, sind von der Erhöhung ausgenommen. Solche Hunde sind deshalb bis spätestens 6. Oktober 1923 beim städt. Steueramt, Rathaus Zimmer 2 abzumelden.

Calw, den 12. September 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Rundholz all. Stärken sowie Baustangen kaufen fortwährend

Sensfried & Lutz, Bad Teinach.



Die Geldknappheit

zwingt Sie auf einen raschen Absatz Ihrer Artikel zu dringen. Einen flotten Absatz erzielen Sie durch Anzeigen-Reklame in diesem Blatte.

Wem an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

Wer unser Blatt bereits liest, der Sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

Wer etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserem Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

Wer keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unseren Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Emberg.
1 Käuferfleisch
verkauft
Johannes Schaible.

Schönes ¾-jähriges
Rind
jetzt dem Verkauf aus
Matthäus Kling,
Oberkollbach.

Amtsgericht Calw.

Handelsregisteramt vom 11. September 1923: Feinader Bau-Aktiengesellschaft in Feinach. Vertrag vom 2. August 1923 mit Nachtrag vom 28. August 1923. Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung von Unterkunftsbedingungen für Kurgäste und sonstige Erholungssuchende durch Erwerb von Grundstücken u. Ueberbauung derselben. Das Grundkapital beträgt 100 Millionen Mark. Vorstand ist August Meyle, Schultheiß in Feinach. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Das Grundkapital ist eingeteilt in 100 Vorzugsaktien und 9000 Stammaktien zu je 10 000 Mark, die sämtlich auf den Inhaber lauten, jedoch auf Verlangen auf den Namen zu stellen sind und umgekehrt. Die Vorzugsaktien werden zum Nennwert, die Stammaktien zum Kurs von 1000 Prozent ausgegeben. Die Vorzugsaktien haben bei der Besetzung des Aufsichtsrats, Verränderung der Satzung, Auflösung der Gesellschaft 100faches Stimmrecht für je 1000 Mark Nennbetrag einer Aktie. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Der Aufsichtsrat bestimmt die Zahl der Vorstandsmitglieder, bestellt dieselben und legt deren Vertretungsberechtigung fest. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft einschließlich Berufung der Generalversammlung erfolgen durch Veröffentlichung im Reichsanzeiger.

Die Gründer, welche sämtliche Aktien übernommen haben, sind: 1) Heinrich Pflaum, Fabrikant in Weilerstadt, 2) Karl Graber, Inhaber einer Weinhandlung in Stuttgart, 3) Hugo Harz, Kaufmann in Stuttgart, 4) Gottlob Hausler, Baumeister in Stuttgart, 5) Friedrich Faber, öffentlicher Notar in Stuttgart, 6) August Meyle, Schultheiß in Feinach, 7) Otto Wohlfarth, Fabrikant in Stuttgart, 8) Wilhelm Schilling, Fabrikant in Stuttgart, 9) Robert Beckmann, Architekt in Stuttgart, 10) Oberbaurat Paul Otto in Stuttgart, 11) Richard Schwämmle, Schlossermeister in Feinach, 12) Eberhard Klein, Fabrikant in Feinach, 13) Oberschwäbische Treuhänder-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ulm. Mitglieder des Aufsichtsrats sind die Gründer Ziff. 1, 2, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12. Von den eingereichten Schriftstücken, insbesondere Prüfungsbericht des Vorstands, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem Gericht Einsicht genommen werden, von dem Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer Calw.

Stammheim.

Verkaufe

am Samstag, den 15. September, nachmittags von ½ 2 Uhr ab

Kompl. Schlafzimmer, nußbaumfourniert, 2 Schränke, nußb. furniert, 1 Schrank, lackiert, Waschtisch, Nachttische, Liegestuhl, Divan, 2 Bettrüfte, Kommode, Tisch, Stühle, Spiegel, Bilder, 6 Fässer, 27—256 Liter haltend, Bütte, neu, Züder, Krautstande, 2 Davoser Schlitten, Einmachgläser, Flaschen, 5 Kg. Motorenöl, sowie allgemeinen Hausrat.

Emil Bopp.

Calw, 12. Sept. 1923.

Todesanzeige.

Freunden u. Bekannten zur Nachricht, daß unsere lieb. Tante

Karoline Lämmel geb. Reinhard, im Alter von 86 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Gustav Bogenhardt mit Familie.**

Beerdigung Freitag mittags 5 Uhr vom Bezirkskrankenhaus aus.

Bez.-Wirts-Berein Calw.

Freitag, den 14. ds. Mts., nachm. 3.30 Uhr **Bersammlung** bei Hatz.

Der Vorstand.

Kaislach. Meine Wirtschaft ist von morgen ab **geschlossen.**

Luz, z. Waldhorn.

Sch gebe hiemit bekannt, daß auf meiner Jagd nur **Hirschwirt Kentschler** von Röttenbach das Recht hat, zu jagen, alle andern Personen ohne Jagdarte dagegen nicht.
Frau Stoll mit Söhnen, Röttenbach.

200 Liter **M o f t** verkauft **Gottlieb Pfeiffer.**

Fahrpläne für den Bezirk Calw sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. erhältlich, das Stück zu Mk. 4000.—.

Hauptb... Der In... Berlin... schaftspol... läufigen... schließung... Reichsfin... Währungs... der Mini... rungsfrag... Minister... frage da... Mitte des... sagte u... daß ich in... kann... minist... Mehl- u... Reichsget... Ernte h... Goldanle... können v... zahlung... wertbestä... getreide... tober be... vom Em... bald bej... hinaus u... Was die... aus den... führung... gestellt... wendige... bensmitt... Dann... gefragt... ich vor... Neben d... de Reich... sich in... solche, d... Reiches... deutendf... sind gan... Ruhegeb... der Ruh... sicheru... Heute m... bestehen... können... ist die... in steigen... bringen... es gibt... beschäftig... höchste... Einnahn... für die... werden... heute w... stellung... herem W... anwält... Lage, in... mitteln... Krediten... daran, d... mittelge... waren, I... zur Wie... einzuka... daß ein... lebt und... als zur... Arbeit d...